

Willi Vollenweider, dipl.El.Ing.ETH, alt Kantonsrat, Präsident
Gruppe GIARDINO, Postfach 7701, 6302 Zug
E-Mail: admin@gruppe-giardino.ch – Zug, den 4. April 2019

**Geht an alle Bürgerinnen und Bürger,
welche für den Wiederaufbau einer verfassungsmässigen Miliz-Armee
einzustehen bereit sind und an alle GIARDINO-Mitglieder sowie an
Persönlichkeiten, welche Mitglieder werden wollen.**



Rundschreiben Nr. 27

Geschätzte Bürgerinnen und Bürger

Vorwort des Präsidenten – in eigener Sache

Was hat die «Gruppe Giardino» eigentlich noch zu suchen?

Die unaufhaltsame Zerstörung unserer Landesverteidigung haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten stets aktiv, aber bisher erfolglos bekämpft. Wir haben beharrlich auf die Risiken aufmerksam gemacht, die der Bevölkerung und der Wirtschaft durch eine offene Flanke «Sicherheit» entstehen. Den heutigen völlig ungenügenden Zustand der Armee, vor allem das Desinteresse ihrer politischen und administrativen Führung haben nicht wir zu verantworten. Wir könnten also dem Niedergang einfach tatenlos zuschauen, wären wir nicht Steuerzahlende und verantwortungsbewusste besorgte Bürger und Bürgerinnen!

Traurige Tatsache ist leider, dass sich die Kampffähigkeit unserer heutigen Alibi-Armee von einer «Schweiz ohne Armee» kaum mehr unterscheidet. Allen bürgerlichen Parteien scheint dies zu gefallen. Es spielt deshalb kaum eine Rolle, welche Partei wir bei den kommenden National- und Ständeratswahlen wählen. Wenn wir gar nicht zur Wahl gehen, dann fühlen wir uns anschliessend wenigstens auch nicht betrogen.

Trotz diesem verheerenden grobfahrlässigen «Mainstream» haben unsere Mitwirkenden in Vorstand, Stab und Arbeitsgruppen im vergangenen Jahr grosse Arbeit geleistet. Sei es in konstruktiven Sitzungen, sei es mit ersten Veranstaltungen der Regionalgruppen, sei es in einer zweitägigen Klausurtagung unter Beizug externer Experten, sei es mit der Mitwirkung an drei wichtigen eidgenössischen Vernehmlassungs-Verfahren. Ihnen allen gebührt unser herzlicher Dank!

Mit einem neuen Web-Auftritt werden wir unsere Öffentlichkeits-Arbeit wieder neu beleben und Mitglieder sowie interessierte Kreise über unsere Analysen und Massnahmen wieder besser informieren.

1. Vorschau GV 2019

Generalversammlung am 15. Mai 2019, um 1600, in der Mannschaftskaserne Bern

Die Mitglieder erhalten die Einladung termingerecht per Post zugeschickt.

2. Nein am 19. Mai: **Nein zum EU-Waffenrecht: Nein zur Entwaffnung der Schweiz!**

- Historisch war die Entwaffnung der Bürger und Bürgerinnen immer ein Vorbote einer Diktatur.
- Diese Vorlage ist nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Entwaffnung unserer Bürgerinnen und Bürger.
- Das Diktat der Europäischen Union verhöhnt die Souveränität unseres Landes.
- Jahrhunderte-alte Traditionen sollen ohne Not gebrochen werden.

- Terroristen halten sich nach wie vor nicht an Waffengesetze. Wieso sollen nur sie Waffen und Munition haben, unbescholtene Bürger und Miliz-Soldaten aber nicht? Das ist absurd.
- Die Bevölkerung soll Terroristen, Kriminellen, Banden und dem organisierten Verbrechen in Zukunft ausgeliefert sein, ohne sich selber schützen zu dürfen (Recht auf Selbstverteidigung!)

So nicht! Werben Sie aktiv für ein Nein am 19. Mai! Schreiben Sie Leserbriefe, verteilen Sie Flugblätter, schalten Sie Inserate! Beteiligen Sie sich an Anlässen – melden Sie sich zu Wort!

3. Eine Milliarde sinnlos vernichtet! Der letzte Sarg-Nagel für unsere Armee

Die Schweiz besitzt mit den Festungsminenwerfern ein wohl einzigartiges Waffensystem, das hervorragend dem Ziel der Dissuasion, also dem Beitrag der Schweiz zur Kriegs-Verhinderung, und im Ernstfall wirkungsvoll der Kampfführung in der Verteidigung dient. Ausländische hohe Offiziere attestieren der Schweiz, mit dem Festungsminenwerfer ein System zu besitzen, um das sie die Schweiz beneiden, nicht nur für heute, sondern auch für morgen und übermorgen.

Zweck der Festungsminenwerfer: Die Festungsminenwerfer unterstützen die beweglich und statisch kämpfende Truppe mit indirektem, also mit Artilleriefeuer im Bogenschuss aus sehr gut geschützten, fest eingerichteten unterirdischen verbunkerten Anlagen am richtigen Ort. Mit dem Steilfeuereinsatz in der oberen Winkelgruppe ist der Festungsminenwerfer die Waffe für unsere Topografie, praktisch ohne schusstote Räume. Die Aufgabe (Liquidation) der Festungs-Minenwerfer, wie sie die Bundesversammlung am 29. November 2018 endgültig beschlossen hat (Geschäft 18.022: am 31.Mai 2018 im Ständerat, am 13.Sept.2018 im Nationalrat), ist ein weiterer Sarg-Nagel für unsere Armee.

Es sind über einhundert Festungsminenwerfer erstellt worden. Der letzte Festungsminenwerfer wurde erst am 24. Oktober 2003 eingeweiht. Diese relativ modernen defensiven Minenwerfer-Stellungen sind von den Steuerzahlenden mit immerhin einer Milliarde Franken finanziert worden. Unsere Bundespolitiker haben dieses zukunftsfähige Waffensystem einfach entsorgt! Schade um jeden Franken direkte Bundessteuer! Dieser Vorgang verdeutlicht darüber hinaus einmal mehr, dass sich unsere Armee im Wandel von einer bisherigen defensiv aufgestellten Armee hin zu einer offensiv ausgerichteten Armee befindet.

In dieser Absicht sind 32 mobile Panzer-Minenwerfer («Mörser 16») bestellt worden, die allerdings noch gar nicht funktionieren. Die Absicht der Armeeführung, diese Kampfmittel in künftige offensive Kampfhandlungen der NATO bzw. der kommenden EU-Armee einzugliedern, ist unschwer zu erkennen. Gegen Drittstaaten.

4. Eidgenössische Volks-Initiative

Die Gruppe Giardino arbeitet an einer eidgenössischen Volksinitiative mit folgenden Zielsetzungen:

- **Die Schweizerische Armee muss wieder glaubwürdig werden.**
Sowohl nach innen (Dienstpflichtige, Gesellschaft, Arbeitgeber) als auch gegen aussen (mögliche Gegner aller Art, Kriegsverhinderung durch Abschreckung/Dissuasion).
- **Unsere Bundespolitiker und -innen müssen endlich ihren Job machen.**
Es ist moralisch und ethisch nicht vertretbar, dass junge Erwachsene zum Militärdienst in einer verfassungswidrig konzipierten Armee gezwungen werden. Im Konfliktfall würden sie «verheizt», weil Bundespolitik und VBS-Führung die Armee jahrzehntelang vernachlässigt haben und verludern liessen.
Es kann doch auf gar keinen Fall angehen, dass unsere Politiker unsere jungen Soldaten und Soldatinnen im Konfliktfall in einer chancenlosen Armee vorsätzlich in den sicheren Tod schicken (Volksmund: «Kanonenfutter»).

- Erst wenn der Staat die **Armee** wieder glaubwürdig ausgestaltet, wird deren Ansehen in der Gesellschaft und in der Wirtschaft wieder auferstehen und die Jungen werden aus Überzeugung wieder Militärdienst leisten wollen. Die gesellschaftliche Hochachtung Militärdienst-leistender kann nur wiederhergestellt werden, wenn dieser «Dienst am Vaterland» eine hohe Leistungsbereitschaft einfordert, von den Jungen wieder mit Stolz erbracht wird und gesellschaftlich einen hohen Stellenwert genießt.
- Die **Wehrdienstpflicht** muss neu geregelt werden: Politik und VBS beklagen das zunehmende «Abschleichen» jährlich Tausender (!) von Diensttauglichen, ja sogar von Militärdienst-Leistenden (!) in den Zivildienst. Seit 2009 besteht die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Der Bundesrat will nun zwar mit kosmetischen Massnahmen am jetzigen System herumschrauben, um die desaströsen Abgänge in den Zivildienst etwas einzudämmen. Solange die Gewissensprüfung für Militärdienst-Verweigerer nicht wieder eingeführt wird, wird dem Bundesrat dies allerdings nicht gelingen.

Die Arbeiten an der Volksinitiative sind im Gange. Mitglieder, welche uns in Arbeitsgruppe und Initiativ-Komitee unterstützen wollen, sind herzlich willkommen. Bitte meldet Euch.

5. Beteiligung der Gruppe Giardino in eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren

Die Gruppe Giardino hat im vergangenen Jahr an drei wichtigen Vernehmlassungs-Verfahren teilgenommen und je eine Stellungnahme eingereicht.

- März 2018: **Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG)**
Giardino fordert die Prüfung der Wieder-Einführung einer «Ortswehr», insbesondere zum Schutz der aktuell völlig ungeschützten (!) kritischen Infrastrukturen (SKI).
- Sept. 2018: **Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums.**
Hier fordert Giardino die Abwicklung im sogenannten «Standardverfahren», d.h. in den normalen jährlichen Rüstungsprogrammen.
Dies ist finanziell ohne Erhöhung des derzeitigen Budgetrahmens des VBS machbar.
- Okt. 2018: **Änderung des Zivildienstgesetzes (ZDG)**
Giardino stellt Antrag auf Ermächtigung des Bundesrates zur Wiedereinführung der Gewissensprüfung: *«Sollten die durch die vorliegende Gesetzesrevision eingebrachten Korrekturen das Ziel eines markanten Rückgangs (mindestens Halbierung) der Anzahl gegenwärtig Zivildienst-Leistender in den kommenden paar Jahren nicht erreichen, sei der Bundesrat zu ermächtigen, die bis 2008 geltende «Gewissensprüfung» auf dem Verordnungsweg wieder einzuführen.»*

6. VBS unter neuer Führung

Frau Bundesrätin V. Amherd ist nicht zu beneiden: sie steht vor einem veritablen Scherbenhaufen. Die bisherigen Departements-Chefs Ogi, Schmid, Maurer, Parmelin und die Parteileitungen aller bürgerlichen Parteien sind weitgehend für den Niedergang unserer Armee verantwortlich. Ob die vergangenen Departements-Chefs vom Gesamtbundesrat und somit auch durch die Partei Frau Amherds dazu genötigt worden sind, ist sekundär. Denn:

Einer Führungskraft, die mit dem Diktat der obersten Führung nicht einverstanden ist, bleibt nur der Rücktritt. Dies gilt sowohl für Mitglieder des Bundesrates als auch für die Armeeführung. Der französische

Generalstabs-Chef General Pierre de Villiers hat das begriffen und in Frankreich im Juli 2017 demissioniert als Präsident Macron ihm «den Teppich unter den Füßen wegzog». Mit seinem Rücktritt hat de Villiers seine eigene Glaubwürdigkeit aufrechterhalten. Persönlichkeiten dieses charakterlichen Formats gab es in unserem Bundesrat und bei höheren Offizieren selten.

Frau Bundesrätin Amherd lässt sich nun völlig zurecht viel Zeit, um die Lage zu analysieren.

7. Kantone und Parteien verleugnen unsere Bundesverfassung

Will man den **Kantonen** und **Parteien** glauben, so hat die heutige Armee nur noch folgende Aufgaben:

1. Unterstützung der Kantone bei **Katastrophen**
2. Schutz grosser internationaler **Konferenzen**
3. **billige Arbeitskräfte** als Hilfskräfte grösserer Veranstaltungen, hauptsächlich zum Aufbau/Abbau von Tribünen, Stampfen von Skipisten und dergleichen
4. **Luftpolizeidienst**

Man beachte: Von der gefährlichsten aller Bedrohungen, nämlich vom Verteidigungsfall, spricht seit längerem gar kein Politiker mehr. Nicht einmal das VBS! «Der Bund» ist weder gewillt noch in der Lage, glaubhaft Land und Leute zu schützen, wie es die Bundesverfassung zwingend vorschreibt, und wie es früher sehr wohl möglich war.

Für diese vier Aufgaben brauchen wir keine Armee (jeweils gleich durchnummeriert wie vorstehend):

1. ist Sache des Zivilschutzes+Zivildienstes inklusive Ausländer. Genie-Einsätze können zivile Bau-Unternehmen erbringen, allenfalls mit Bundes-Material (vgl THW in Deutschland).
2. ist Sache der interkantonalen Polizeikonkordate. Falls die Anforderungen deren Kapazitäten übersteigen, ist auf die Konferenz zu verzichten. Der Schutz privater Konferenzen ist keinesfalls Staatsaufgabe.
3. die personellen Mittel von Vereinen, weiterer Freiwilligen-Organisationen inklusive Ausländer sowie des Zivildienstes sind mehr als ausreichend. Einsatz der Armee ist grober Missbrauch: Es ist nicht einzusehen, weshalb wir unseren Soldaten und Soldatinnen eine teure militärische Ausbildung angedeihen lassen (oft Spezialisten-Ausb.), um sie anschliessend als Hilfsarbeitende einzusetzen nur weil andere dazu zu faul sind. Fehlen militärische Aufträge, sind die Militärdienstleistenden zu entlassen, damit sie zu ihren Arbeitsplätzen und Familien zurückkehren können. Anderweitiges Zeit-Totschlagen ist verfassungswidrig, Zwangsarbeit sowieso.
4. dazu ist keine ganze Luftwaffe notwendig. Es genügen ein paar durchschnittliche Kampfflugzeuge mit gutem Radar. Kanonenbewaffung reicht völlig aus. Diese paar Flugzeuge könnten auch vom BAZL oder vom EJPD betrieben werden (7x24h). Militärisch geschützte Flugplätze sind nicht nötig, bestehende zivile Flugplätze genügen völlig.

Kantone und Parteien verleugnen unsere Bundesverfassung. Es ist für sie sehr bequem, den «Verteidigungs-Fall» einfach auszublenden, zu verdrängen. Weil sie natürlich sehr genau wissen dass wir auf diese gefährlichste Bedrohung so gut wie gar nicht vorbereitet sind. Dass sie aber dem Schweizer Volk diesbezüglich Sand in die Augen streuen, ist verwerflich.

Wir dürfen nicht aufgeben!



Willi Vollenweider, Präsident der Gruppe GIARDINO